



Hilfe! Wohnen ist zu teuer

Vorschläge der KPÖ für leistbares Wohnen – Seite 2-3

© olly/koya979-Fotolia.com



REGRESS ABGESCHAFFT

Danke. Ihre Unterschrift hat geholfen.

KPÖ

Gemeindefusionen: Der Abschluss ist genauso undemokratisch wie der Beginn

In vielen Gemeinden wird ab 1.1. 2015 ein Regierungskommissär eingesetzt.

Aufgrund der Gemeindezusammenlegungen wird der Gemeinderat vieler Gemeinden des Murtales mit Ende dieses Jahres aufgelöst. Bis zu den nächsten Gemeinderatswahlen, die im März oder April 2015 stattfinden, verwaltet ein Regierungskommissär die Gemeinden. So undemokratisch wie im Vorlauf viele Gemeindezusammenlegungen abgelaufen sind, so bedenklich geht auch die konkrete Zusammenlegung über die Bühne.

Schon beim Start der Gemeindefusionen ist vieles undemokratisch abgelaufen. In vielen Gemeinden gab es keine Volkabstimmung. Die Bevölkerung wurde überhaupt nicht gefragt, was sie von einer Zusammenlegung hält. Auch dort, wo die Bevölkerung befragt wurde und sich klar gegen die Zusammenlegung ausgesprochen hat, wurde drübergefahren, wie z.B. in Flatschach, St. Margarethen oder Kleinlobming.

Zahlreiche Gemeinden wurden gegen ihren Willen einfach zwangsfusioniert. Der Bürgermeister von St. Margarethen ist aus Protest gegen die Zwangszu-



Kleinlobming hat am 23.6.2013 eine Volksbefragung zur „Gemeindestrukturreform“ durchgeführt. Bei einer Wahlbeteiligung von 80,77% haben sich 90,39% der Bevölkerung für die Beibehaltung der Eigenständigkeit der Gemeinde Kleinlobming ausgesprochen. Nur 9,61% waren für die Fusion. Trotzdem wurde vom Land drübergefahren.

sammenlegung mit St. Lorenzen und Rachau zurückgetreten. Bisher haben 38 Gemeinden, so z.B. Kleinlobming, beim Verfassungsgerichtshof Anträge gegen die Zwangszusammenlegung eingebracht.

So undemokratisch wie der Vorlauf, geht nun auch die konkrete Umsetzung der Gemeindefusionen über die Bühne. Ein Regierungskommissär, zumeist der Bürgermeister der größten Gemeinde, führt ab Jänner die Amtsgeschäfte. Ihm zur Seite steht ein Beirat. In diesen Beirat kann jede betroffene Gemeinde nur ein einziges Mitglied entsenden.

Die Regierungskommissäre und Beiratsmitglieder kommen entweder aus der SPÖ oder aus der ÖVP. In den Monaten, in denen der Regierungskommissär entscheidet, werden wichtige Weichenstellungen getroffen – und nur SPÖ und ÖVP sind eingebunden. Das ist die alte rot-schwarze Päckerei, die wir schon so gut kennen. Es wäre demokratischer Mindeststandard, dass zumindest von jeder im Gemeinderat vertretenen Fraktion eine Person in den Beirat entsendet wird. Alles andere ist undemokratisch und nicht akzeptabel.

Gemeindezusammenlegung: Demokratie sieht anders aus

Die KPÖ ist nicht grundsätzlich gegen Gemeindezusammenlegungen. Es kommt auf die Rahmenbedingungen an. Gemeindefusionen müssen langsam wachsen und von den Bürgern gewollt sein. Es müssen Vor- und Nachteile klar auf den Tisch gelegt werden – und dann muss es eine verbindliche Bürgerbefragung geben. Nur so kann eine Zusammenlegung gelingen, die keinen bitteren Nachgeschmack hinterlässt. So wurde aber nicht vorgegangen. Zwangszusammenlegungen sind in jeden Fall undemokratisch

Bei den jetzigen Gemeindezusammenlegungen geht es nicht um Verbesserungen, sondern um Einsparungen. Landeshauptmann Voves redet von einem Einsparungspotenzial von 45 Millionen Euro pro Jahr (!) durch Gemeinde- und Bezirksfusionen. Die Gefahr, dass durch Gemeindezusammenlegungen die Auflösung gewachsener Kommunalstrukturen vorangetrieben wird ist sehr groß. Damit ist die Infrastruktur von Klein- und Randgemeinden, wie z.B. Schulen, Kindergärten oder Freizeiteinrichtungen in Gefahr.



Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern einen erholsamen Urlaub und einen schönen Sommer!

Die Redaktion der steirischen Volksstimme und die KPÖ-Gemeinderäte der Region

KPÖ
www.kpoe-steiermark.at

Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden

Ein paar Tage vor dem Formel 1 Rennen wurde in einer Zeitung berichtet, dass der Spielberger ÖVP-Gemeinderat Hartwig Baumgartner an einer Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht gegen das Projekt Spielberg beteiligt ist. Dazu wurden auch mehrere ÖVP-Politiker befragt.

Die namentliche Nennung mitten in der aufgeheizten Stimmung vor dem Grand-Prix kam einer medialen Hinrichtung gleich. So berichtete diese Zeitung auch nach einigen Tagen: „Der Red-Bull-Ring fordert sein erstes Polit-Opfer.“ Baumgartner hat nämlich sein Gemeinderatsmandat zurückgelegt.

Egal, ob man ein glühender Fan des Motorsports ist, oder darin ein umweltschädigendes Spektakel sieht, ob man sich über das Projekt Spielberg freut oder es kritisch betrachtet. Solche Vorgänge sollten zu denken geben. Denn hier geht es um Grundsätzliches. Es geht um nichts Geringeres als um die Meinungsfreiheit und um das Recht jeder Person, den Rechtsweg einschlagen zu dürfen.

Baumgartner sagte in der Zeitung er habe nichts gegen die Formel 1, aber „er habe Bedenken, etwa was Lärm und Betriebszeiten für den Ring betrifft.“ Es ist heute unbestritten, dass Lärm ein großes gesundheitliches Problem

ist. Je nach Art der Veranstaltung, Wetterlage und Windrichtung ist die Lärmbelastung durch den Red-Bull-Ring erträglich oder es werden große Teile des Aichfelds beinahe wie eine Rennstrecke beschallt. Für die unmittelbaren Anrainer ist die Situation natürlich noch schlimmer. Zusätzlich zu dieser Lärmbelastung haben wir noch die Autobahn, die ÖBB und die Eurofighter.

Baumgartner hat eigentlich nur das getan, was jeder Gemeinderat tun sollte: ein Problem aufzugreifen und versuchen, die Interessen der Betroffenen zu vertreten. Daneben steht es jedem Bürger und jeder Bürgerin frei, gegen ein beschlossenes Gesetz oder eine Entscheidung den Rechtsweg zu beschreiten. Das ist oft ohnehin nicht leicht, sondern mit erheblichen Kosten und Risiko verbunden. Wenn eine Sache rechtens ist, wird sie bestätigt werden. Wenn eine Sache aber nicht den Gesetzen und Vorschriften entspricht, dann ist es gut, dass die Angelegenheit neu aufgerollt wird. Denn das bedeutet, dass bestehende Normen und Schutzgrenzen überschritten wurden.

„Ich werde Ihre Meinung bis an mein Lebensende bekämpfen, aber ich werde mich mit allen Kräften dafür einsetzen, dass Sie sie haben und aussprechen dürfen“, soll der berühmte Aufklärer Voltaire gesagt haben. Das Zitat „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“ stammt von Rosa Luxemburg. Das sollte auch am Beginn des neuen Jahrtausends und in Sachen Projekt Spielberg gelten.



Von der polnischen Revolutionärin Rosa Luxemburg (rechts in Bild) stammt das Zitat „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“.



In Bretstein bestand von Juni 1941 bis Juni 1943 ein Außenlager des Konzentrationslagers Mauthausen.

Dort wurden mindestens 170 Menschen, vorwiegend Republikanische Spanier und deutsche Zeugen Jehovas, gefangen gehalten. Sie mussten in Zwangsarbeit im Straßenbau und in der Landwirtschaft arbeiten. Die unmenschlichen Lebensbedingungen der Gefangenen führten zu mehreren Fluchtversuchen. Dabei wurden sieben Häftlinge ermordet. Im Juni 1943 wurde das KZ-Nebenlager Bretstein aufgelassen.

Im Jahr 2002 begannen Schülerinnen der HLW Fohnsdorf auf Initiative ihres Lehrers, Franz Stuhlpfarrer, in einem Schulprojekt die Geschichte des ehemaligen KZ-Außenlagers Bretstein zu erforschen. Die Gemeinde Bretstein unterstützte das Projekt. Es entsteht eine Gedenkstätte.

Im Februar 2004 gründet sich der „Verein KZ-Nebenlager Bretstein“. Ziel des Vereins ist der Kontakt zu Überlebenden, die weitere Erforschung der historischen Zusammenhänge, die Organisation von kulturellen Veranstaltungen und die Aufbereitung der Zusammenhänge für eine breite Öffentlichkeit.

Die Pölstal-gemeinde Bretstein wird mit am 1.1.2015 St. Oswald-Möderbrugg, St. Johann am Tauern und Oberzeiring fusioniert.



Partei der Nein-Sager?

Oft wird die KPÖ als Partei der als „Nein-Sager“ kritisiert, wenn wir gegen Gebührenerhöhungen oder Kürzungen auftreten. Es sei eben kein Geld vorhanden, es gäbe leider keine Alternative.

Nun hat das Liechtensteiner Investmenthaus Valluga seinen jährlichen Vermögensreport herausgegeben. Allein in der Steiermark leben 10.100 Millionäre. Im Vorjahr wuchs das Vermögen der österreichischen Superreichen um 7% auf 262 Milliarden Euro an.

Warum ist da so? Weil es zuviele „JA-Sager“ gibt die zulassen, dass die Reichen immer reicher werden.

Bretstein, die Roma und der Kapitalismus

Jedes Jahr veranstaltet der „Verein KZ-Nebenlager Bretstein“ eine Gedenkfeier am Gelände des ehemaligen Außenlagers des KZ Mauthausen. Heuer hielt Bundespräsident Heinz Fischer die Hauptrede.

Nie wieder Faschismus und Wahrung der Menschenrechte war der Grundtenor aller Reden. Heuer wurde auch des Schicksals von Euthanasieopfern gedacht. 150 Menschen aus dem Bezirk Murtal wurden aufgrund von Behinderungen oder Gebrechen als „unwertes Leben“ von den Nationalsozialisten ermordet.

Neben dem Blick in die Vergangenheit ist es auch wichtig die Frage nach dem „Hier und Heute“ zu stellen. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus ist das Leben - entgegen den vielen bunten Versprechungen - keineswegs besser und schöner geworden. Nun herrscht Kapitalismus pur.

Krieg (Afghanistan, Irak...) ist wieder salonfähiges Mittel der Politik geworden. Die Rüstungsausgaben steigen. Unter dem Vorwand des Kampfs gegen den Terrorismus wird bespitzelt und die Demokratie ausgehöhlt.

Gewinne privat – Verluste der Staat

Der Privatisierungswahn setzte sich durch. Fast die ganze Welt wurde so zur neuen Spielwiese für Banken und Konzerne. Milliarden wurden verdient oder erzockt. Als das Spiel aus dem Ruder zu laufen begann, durfte der Staat, also wir Steuerzahler, den Scherbenhaufen übernehmen.

In den Ländern des Ostens haben sich die Lebensbedingungen für viele Menschen extrem verschlechtert. Armut, Prostitution und Auswanderung stehen auf der Tagesordnung.

Aber auch bei uns weht ein rauerer Wind. Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, steigender Druck



Der spanische Botschafter José Maria Valdemoro, Margit Fischer, Bundespräsident Heinz Fischer und der Bürgermeister von Bretstein, Hermann Beren.

am Arbeitsplatz. Immer weniger Menschen können sich ein gutes Leben leisten. Die Reichen aber werden täglich reicher.

Bei uns ist die EU der Brandbeschleuniger dieser Entwicklung. Unter dem Diktat aus Brüssel werden Sozialausgaben zurückgefahren. Der Staat soll nur mehr die Wirtschaft unterstützen und alle Bereiche des Lebens dem Profitstreben zugänglich machen. Neoliberaler Kapitalismus ist die Bezeichnung für diese Denkrichtung und Gesellschaftsordnung.

Menschen ohne Hoffnung

Den Ländern des Südens (Griechenland, Spanien...) wird von der EU ein Kürzungskorsett aufgezwungen. In einer Brutalität, wie man sie früher nur im Auftreten gegenüber den Länder der Dritten Welt gekannt hat. So nehmen Armut und Elend zu. Eine ganze Generation ohne Hoffnung wächst heran.

Die Welt ist eine Einheit. Konzerne produzieren in allen Ländern, Waren aus aller Welt kommen in unsere Geschäfte. Der Kapitalismus drückt allen Ländern und Menschen seinen Stempel auf - und so gelangen die Probleme in anderen Ländern bis an unsere Haustür.

Ein Beispiel dafür ist die Bettetei. Früher kannte man Bettler nur aus dem Märchen oder von Auslandsreisen. Heute gehören bettelnde Menschen zum Alltagsbild.

Bettelnde Menschen

Vor kurzem haben Berichte von aggressiv bettelnden Roma viel Aufsehen erregt. Viele dazu gepostete Kommentare sind erschreckend. Es geht nicht darum, aggressives Betteln zu verteidigen oder Probleme zu verharmlosen. Wir wollen dazu anregen über das „Warum“ nachzudenken.

Viele Fragen

Wie gerecht ist unsere Gesellschaft? Geht die Entwicklung

hin zu mehr Gleichheit und Gerechtigkeit? Haben die Menschen heute mehr Lebenschancen als früher? Wie würde es mir gehen wenn ich 600 km weiter südlich geboren worden wäre? Wie müssen die Lebensbedingungen sein, damit es Menschen leicht fällt, großzügig und tolerant zu sein? Ist Gerechtigkeit überhaupt möglich in einer Gesellschaft, in der nur der Profit zählt? Bin ich mit der jetzigen Entwicklung einverstanden? Was kann man dagegen tun?

Vor gar nicht so langer Zeit wurden Menschen bei uns verhaftet und abtransportiert. Einige davon wurden unter schrecklichen Bedingungen ganz in unserer Nähe gefangen gehalten, einige davon ermordet. 150 Menschen aus dem Murtal wurden aufgrund ihrer Behinderung einfach ausgelöscht.

Wer will, dass das niemals wieder geschieht, sollte sich viele der oben genannten Fragen stellen.

Raumordnung: Noch mehr Einkaufszentren?

Überfallsartig sollte eine Novelle zum Raumordnungsgesetz großen Einkaufszentren die Möglichkeit für weitere Zu- und Umbauten geben. Die Befürworter scheiterten vorerst.

„Wir bauen um und werden noch größer, attraktiver, interessanter.“ Dies plakatierte die Shoppingcity Seiersberg ihren Kunden bereits im April 2014. Ein seltsamer Vorgang: Das Gesetz der steirischen Raumordnung besagt nämlich, dass die Verkaufsfläche von bestehenden Einkaufszentren nicht mehr vergrößert werden dürfe. Aufmerksame Bürger erstatteten Anzeige und der Schriftzug verschwand innerhalb kürzester Zeit.

„Äußerst bedenklich“

Noch seltsamer: Für die letzte Landtagssitzung vor der Sommerpause wurde eine Novelle des

besagten Gesetzes im zuständigen Unterausschuss vorgelegt, die die strenge Regelung aufweichen und Zubauten für ohnedies schon übergroße Einkaufszentren möglich machen sollte. Für „zulässig“ erklärt werden laut Entwurf „Zu- und Umbauten“ von Zentren, die schon jetzt „die maximal zulässige Verkaufsfläche überschreiten“.

cc wikimedia JACKTD



Wieviel Einkaufsfläche braucht ein Mensch?

Überfallsartig, weil die Gesetzesnovelle erst einen Tag vor der Sitzung des Landtagsausschusses dessen Mitgliedern vorgelegt wurde. KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg bringt das Dilemma auf den Punkt: „Offenbar haben die Einkaufszentren Lobbying betrieben und sind bei der SPÖ und FPÖ auf offene Ohren gestoßen.“

Das ist äußerst bedenklich.“ Denn während KPÖ, Grüne und ÖVP die Novelle ablehnten, versuchte Ausschussvorsitzender Gerald Schmid, SPÖ-Bürgermeister von Knittelfeld, das Problem herunterzuspielen und sprach von einer wichtigen Angelegenheit. Die FPÖ mit Landtagsabgeordnetem Gerald Deutschmann hat sich vehement für die Gesetzesänderung im Sinne der Wirtschaft eingesetzt. Laut Berichten der Kleinen Zeitung hat Deutschmann mit seiner Firma mehrere Bauprojekte in Seiersberg umgesetzt.

Ausdünnung der Ortskerne

Die Erweiterungspläne sind vorerst auf Eis gelegt. Experten raten davon ab. Die Einkaufszentren seien längst überdimensioniert, verursachten großen Verkehrs- und Umweltprobleme und beschleunigten die Ausdünnung der Ortskerne, die dadurch unattraktiv werden und Kaufkraft verlieren.

Warum ich bei der Judenburger Gemeinderatswahl 2015 kandidiere



Peter Karner, 38, Obmann des GLB-Murtal, gelernter Koch, seit 1988 in der Stahl-Judenburg, Ersatzbetriebsrat, 1 Kind

Als Obmann des GLB Aichfeld-Murtal beschäftige ich mich mit gewerkschaftlicher Arbeit. Da der GLB mit der KPÖ gemeinsam soziale Anliegen und Interessen verfolgt, werde ich mich gerne in Judenburg als Kandidat für die Gemeinderatswahl 2015 zur Verfügung stellen. Meine Freizeit gehören meiner Familie und meinem Hobby, der Aquaristik.

Meine Schwerpunkte:

- Die Stadt Judenburg gehört wieder belebt.
- Geschäfte müssten wieder angesiedelt werden.
- Der Judenburger Haupt-

platz gehört mehr für Veranstaltungen genutzt.

- Das Freibad in Oberweg sollte mehr Angebote für Jugendliche und Familien haben.

Ich würde gerne im Gemeinderat dazu beitragen, meine Ideen und die Wünsche der Bevölkerung - wenn möglich - in die Tat umzusetzen.

Resti renoviert

KPÖ Fohnsdorf feiert 95 Jahre



Die Resti Fohnsdorf der KPÖ erstrahlt in neuem Glanz. Das historische Bergbaugebäude wurde renoviert und steht nun wieder für das Publikum zur Verfügung. Gefeierte wurde mit einem Frühschoppen am 12. Juli 2014. Es spielten die lustigen Breitenegger aus der Kleinlobming, die Festrede hielt KPÖ LAbg. Claudia Weithaler anlässlich des 95sten Jahrestages der Gründung der KPÖ Fohnsdorf.



Lustbarkeitsabgabe Formel-1-Rennen: Gleichheit für alle Steuerzahler!

Für Vergnügungsveranstaltungen, also auch für Motorsportveranstaltungen, ist eine Lustbarkeitsabgabe an die Gemeinde zu entrichten. Diese Abgabe beträgt 25 Prozent der eingenommenen Entgelte. Es wird geschätzt, dass der Gemeinde Spielberg für das Formel-1-Rennen vier Millionen Euro an Steuereinnahmen zustehen.

Es ist möglich vor einer Veranstaltung einen geringeren Steuersatz zu vereinbaren. Laut Finanzrechtsexperten Werner Doralt ist dies im Nachhinein aber nicht mehr möglich. Bereits im Mai hat die KPÖ davon berichtet, dass Red Bull die Verhandlungen um die Höhe der Lustbarkeitsabgabe von sich aus abgebrochen hat. Dies obwohl das Angebot der Gemeinde sehr moderat war und nur einen Bruchteil der gesetzlichen 25-Prozent

ausgemacht hätte. Die KPÖ Steiermark hat von Beginn an klargestellt, dass sie für die Vorschreibung der vollen Lustbarkeitsabgabe ist. Die Lustbarkeitsabgabe ist gesetzlich festgelegt und müsste daher Teil der Kalkulation des Kartenpreises sein. Die Gemeinde Spielberg hat finanzielle Probleme und kann oft nur mittels Bedarfszuweisungen des Landes einen ausgeglichenen Haushalt erstellen. Die Gemeinde hat – wie Herr Lauda in der Werbung – nichts zu verschenken. Sie kann es sich nicht leisten auf Steuereinnahmen zu verzichten, auf die ein Anspruch besteht.

Der „Standard“ berichtete vom Eindruck nach einer Besichtigung des Red-Bull-Rings inklusive Media Center, Renn-Boxen und Fahrerlager. „Dahinter im Fahrerlager ist Dagobert Duck zu Hause.



Das Geld ist hier abgeschafft...“ Beim Milliardengeschäft Formel 1 muss auch eine ordnungsgemäße Bezahlung der Steuern Teil des Programms sein.

„Normalbürger“ haben gar keine Möglichkeit um ihre Steuersätze zu verhandeln. Die Lohnsteuer

wird sofort abgezogen, ebenso die Mehrwertsteuer oder die Mineralölsteuer. Hier kann niemand zum Finanzamt gehen um die Steuersätze individuell senken zu lassen. Was für die breite Masse der Steuerzahler gilt, sollte auch für einen Großkonzern gelten.



MITMACHEN!

Ändere die Welt - Sie braucht es



Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten.

Elke Kahr:

Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.

Ernest Kaltenegger:

Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.

Aktiv werden!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von der Teuerung betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum von Wenigen. Das muss nicht so bleiben. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!

Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Tel. 03512/8 22 40, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

KPÖ-Fohnsdorf-Judenburg, Josefiplatz 3, 8753 Fohnsdorf, Tel. 03573/2166, E-Mail: kp.fohnsdorf@kpoe-steiermark.at